

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan Telefon (075) 232 42 42 Fax Redaktion (075) 232 29 12 Fax Inserate (075) 232 95 46 Amtliches Publikationsorgan 90 Rp.

AKTUELL

Probleme bei Umstellung der Telefon-Rechnungen

Bern (AP) Die Umstellung auf monatliche Telefonrechnungen verläuft bei den PTT nicht reibungslos. Rund 26 000 Abonnenten haben in den vergangenen Tagen eine falsche Telefonrechnung erhalten, wie PTT-Sprecher Oscar Hänni zu einem Bericht des Regionaljournals Bern vom Montag bestätigte. Einzelne Abonnenten haben für das laufende Jahr noch gar keine Rechnung erhalten.

Die falschen Rechnungen wurden an rund 26 000 Abonnenten in den Städten Luzern, Genf und Biel versandt. Ursache war, dass die Adresse um eine Zeile falsch eingelesen wurde, wie Hänni weiter sagte. Betroffen seien nur Abonnenten mit einem detaillierten Taxauszug gewesen. Sie wurden noch am Montag mit einem Brief auf den Fehler aufmerksam gemacht. Probleme mit dem Persönlichkeitsschutz dürften es deshalb nicht geben, sagte der PTT-Sprecher. Auf dem detaillierten Taxauszug seien die vier letzten Ziffern der angewählten Nummer nicht ausgedruckt.

159 Millionen für militärische Bauten

Bern (AP) Der Bundesrat beantragt einen Verpflichtungskredit von 159 Millionen Franken für militärische Bauten im laufenden Jahr. Das Bauprogramm sieht 89 Millionen für Ausbildungsbauten und 66 Millionen für bauliche Anpassungen im Zuge der Beschaffung von FA-18-Kampflugzeugen vor, wie das EMD am Montag mitteilte.

Im Vordergrund des Bauprogramms steht der Bereich Ausbildung, wie das Eidgenössische Militärdepartement schreibt.

Von den 89,39 Millionen Franken für die Ausbildungsbauten fallen rund 58 Millionen für Kasernensanierungen an, insbesondere auf den Waffenplätzen Brugg (AG) und St. Luzisteig (GR). 31 Millionen dienen der Verbesserung der Ausbildungsmöglichkeiten, wobei der Bau von Simulatoren-Gebäuden für die Führungsausbildung in Kriens (LU) sowie für die Schiessausbildung der Panzerartillerie in Frauenfeld genannt werden.

42 Millionen für Welt-ernährungsprogramm

Bern (AP) Für das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WEP) hat der Bundesrat am Montag 42 Millionen Franken gesprochen. Die Hilfe setzt sich aus Barbeiträgen sowie aus Lieferungen schweizerischer Milchprodukte zusammen und verteilt sich je zur Hälfte auf die Jahre 1995 und 1996, wie das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) mitteilte. 1993 ernährte das WEP 47 Millionen Menschen in 90 Ländern.

Elf Millionen Franken für Flüchtlingsprogramme

Bern (AP) Die Schweiz unterstützt die allgemeinen Programme des Flüchtlings-Hochkommissariats der Vereinten Nationen (UNHCR) im laufenden Jahr mit elf Millionen Franken. Dabei geht es um die längerfristige Nothilfe für Flüchtlingsgruppen, wie das EDA am Montag zum Bundesratsentscheid mitteilte.

Das UNHCR unterscheidet zwischen allgemeinen Programmen und Spezialprogrammen, wobei sich die beiden Budgets für 1995 zusammen auf 1,3 Milliarden US-Dollar belaufen.

EWR: Berechenbare und kostenmässig erträgliche Lösung

Pro- und Kontra-Diskussion am Landeskanaal über «EWR & Zollvertrag» – Liechtenstein muss sich integrieren in Europa – aber wie?



Pro- und Kontra-Diskussion über den EWR-Beitritt Liechtensteins. Auf dem Podium Wilfried Marxer als Moderator. Links die drei Befürworter Botschafterprinz Nikolaus, Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel und Regierungschef Dr. Mario Frick. Rechts die Gegner Dr. Gert Risch, Marlies Amann und Horst Seger. (Bild: Beat Schurte)

(G.M.) – «Der EWR ist heute die einzige berechenbare und voraussehbare Lösung für unsere Integration in Europa», betonte Regierungschef Dr. Mario Frick zum EWR-Beitritt Liechtensteins. Die Gegenposition vertrat Marlies Amann von der «Unabhängigen Vereinigung Pro Liechtenstein», indem nach ihrer Auffassung der gemeinsame Integrationsweg mit der Schweiz weniger Risiken biete. Auch die Frage nach den Alternativen zur vorgelegten Lösung «EWR & Zollvertrag» blieb sowohl unter den Pro- und Kontra-Exponenten auf dem Podium wie auch im Publikum umstritten. Während die EWR-Gegner eine Abkehr von der Schweiz befürchteten, gehen die Befürworter von einer besseren Ausgangsposition für künftige Verhandlungen aus.

Regierungschef Dr. Mario Frick betonte in seiner kurzen Stellungnahme vor Beginn der Diskussion, dass Liechtenstein vor einer historischen Chance stehe. Es liege an uns allen, entweder unter gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Partnerschaft mit der Schweiz dem EWR beizutreten oder einen unsicheren Weg zu gehen. Für Marlies Amann von «Unabhängigen Vereinigung Pro Liechtenstein» kann das EWR-Abkommen nicht so gut sein, wie das von offizieller Stelle behauptet wird, denn sonst müsste nicht

mit derart massiver Propaganda dafür geworben werden.

Spezielle Situation Liechtensteins

Nach Überzeugung des Regierungschefs, der den Begriff Propaganda zurückwies, trägt das vorliegende Lösungspaket der speziellen Situation Liechtensteins vollumfänglich Rechnung. Im freien Personenverkehr konnte nach seinen Worten eine Lösung gefunden werden, die mit einer Mischung aus Neuverhandlungsmöglichkeiten, Zusagen und Schutzmassnahmen keine neuen Probleme schaffe. In wirtschaftlicher Hinsicht zeichne sich für die Zukunft eine hervorragende Ausgangslage ab, indem die bisherigen Standortvorteile wie tiefe Steuern und flexibles Gesellschaftswesen beibehalten werden könnten. Für «Pro Liechtenstein» ist die Zukunft im Bereich des freien Personenverkehrs nicht klar, auch mit den erwähnten Massnahmen nicht, denn schliesslich habe sich Liechtenstein im EWR-Vertrag grundsätzlich verpflichtet, alles zu unternehmen, um dem Abkommen zum Durchbruch zu verhelfen.

Mit der Schweiz oder weg von der Schweiz

«Pro Liechtenstein» setzt sich nach Marlies Amann für jenen Weg ein, den Regierung und Landtag bis zum 28. Ok-

tober 1992 gegangen seien, nämlich im Gleichschritt mit der Schweiz. Dr. Gert Risch ergänzte dazu, wenn zwei Partner verschiedene Wege gingen, dann würden sie sich früher oder später trennen. Er äusserte auch Bedenken, dass das Kombinat «EWR & Zollvertrag» überhaupt funktionieren würde, weil es eine solche Lösung sonst nirgends gebe.

Botschafter Prinz Nikolaus wies bei der Frage «Weg von der Schweiz?» darauf hin, dass die Lösungsplattform gemeinsam mit der Schweiz ausgehandelt worden sei und die Eidgenössischen Räte einstimmig der Änderung des Zollvertrages zugestimmt hätten. Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel unterstrich, die Partnerschaft mit der Schweiz sei auch mit dem EWR-Beitritt gesichert, auch wenn die Schweiz der EU beitrete, gab Regierungschef Frick zu verstehen, mit einem EWR-Nein stehe unser Land ausserhalb des Wirtschaftsgebildes – und Botschafter Prinz Nikolaus bekräftigte: Mit dem EWR besitze Liechtenstein eine Option.

Wie steht es mit den Alternativen?

Bei der abschliessenden Frage nach den Alternativen zu «EWR & Zollvertrag» schieden sich die Geister erneut.

Regierungschef Frick betonte, man dürfe sich nicht auf das Abwarten, was die Schweiz mache, als Alternative beschränken. Die EWR-Gegner kritisierten die Regierung, die nach dem EWR-Nein der Schweiz 1992 ihre vorherige Haltung umgekehrt und den EWR-Beitritt Liechtensteins empfohlen habe. Alt Regierungschef Hans Brunhart meinte, zusammen mit dem Hinweis, nicht alle früheren Regierungschefs würden sich gegen den EWR-Vertrag aussprechen, mit der vorliegenden EWR-Lösung habe man eine Regelung erreicht, die 1992 noch als «Quadratur des Kreises» bezeichnet worden sei. Regierungschef Frick betonte, dass sehr wohl Alternativen überprüft worden seien, doch bilde der EWR-Beitritt heute «die einzige berechenbare und voraussehbare Lösung für unsere Integration in Europa». Demgegenüber gab Dr. Gert Risch zu verstehen, dass es sich beim EWR um ein «Auslaufmodell» handle. Die EU sei, wie bei der Türkei oder Israel ersichtlich, recht flexibel und biete eine Vielfalt von Integrationsmodellen an. Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel bemerkte, Europa wandle sich, dieser Herausforderung müsse sich Liechtenstein stellen. Der EWR bringe nicht nur Vorteile, aber beim sorgfältigen Abwägen würden die Vorteile überwiegen.

Mehr über die Diskussion auf Seite 5.

Privatbesuch des Fürstenpaares in Israel

Eröffnung der Ausstellung «Princely Taste» im Israel Museum in Jerusalem mit Fürstlichen Werken

(G.M.) – Fürst Hans-Adam II. und Fürstin Marie trafen am Montag zu einem Privatbesuch in Israel ein. Der Besuch des Fürstenpaares kam aus Anlass der Ausstellung «Princely Taste» im Israel Museum in Jerusalem zustanden. An dieser Ausstellung werden Exponate aus den Sammlungen des Fürsten gezeigt. Die Ausstellungseröffnung findet am Dienstag im Beisein des Fürstenpaares statt.

Am Montag stand nach der Ankunft von Fürst Hans-Adam II. und Fürstin Marie, die von Prinzessin Tatjana begleitet werden, ein Höflichkeitsbesuch von Aussenminister Shimon Peres auf dem Programm. Der israelische Aussenminister stattete dem liechtensteinischen Staatsoberhaupt seinen Besuch im Hotel King David, der Residenz des Fürstenpaares während des Israel-Besuchs, ab. Der heutige Dienstag gilt der Eröffnung der Ausstellung «Princely Taste» im Israel Museum in Jerusalem, die auf den frühen Abend geplant ist. Als Ehrengast wird von israelischer Seite entweder Präsident Ezer Weizmann oder Aussenminister Shimon Peres anwesend sein.



Fürst Hans-Adam II. und Fürstin Marie trafen gestern Montag zu einem mehrtägigen Besuch in Israel ein. Anlass des inoffiziellen Besuchs ist die Eröffnung einer Ausstellung in Jerusalem. Aussenminister Shimon Peres besuchte den Fürsten in seiner Residenz in Jerusalem. (Bild: AP)

Radio L will am 15. August senden

Die Vorbereitungsarbeiten für Radio L gehen planmässig weiter. Nach einer Mitteilung des Verwaltungsrates der Radio-TV AG soll Radio L – wie schon länger geplant – am 15. August 1995 auf Sendung gehen. Das Aktienkapital ist auf 550 000 Fr. aufgestockt worden. Neu in den Verwaltungsrat wurde Dr. Peter Ritter, Vaduz, gewählt. Er wird die Funktion des Vizepräsidenten ausüben. Verwaltungsratspräsident bleibt Walter Bruno Wohlwend, der gleichzeitig auch die Tätigkeit eines Delegierten des Verwaltungsrates ausübt und Mitglied der Chefredaktion wird. Das Sendestudio wird in der ehemaligen Fabrik Jenny Spoerry in Triesen aufgebaut. Als Geschäftsführer ist dort Roman Banzer bereits tätig. Chefredaktor Wilfried Marxer wird seine Tätigkeit Ende Mai aufnehmen. Radio L versteht sich vom Konzept her als ein liechtensteinischer Radiosender, der jedoch über die Grenzen ausstrahlen wird. Als Sendegbiet ist Liechtenstein, das schweizerische Rheintal bis gegen den Bodensee und die Voralberger Seite des Rheintals geplant.